



Pressemitteilung

Ansbach, 15.06.2011

Mitwirkungsverbot von Boris-André Meyer ausgerechnet bei US-Bauvorhaben **Soll Aufrüstung in Ansbach vertuscht werden?**

Der Vorstand der Offenen Linken Ansbach hat das Mitwirkungsverbot von Stadtrat Boris-André Meyer in Ausschüssen jetzt als Skandal bewertet. Dass mit diesem fragwürdigen Griff in die juristische Trickkiste ausgerechnet ein Antrag zur neuen Welle der US-Bauvorhaben abgewürgt wurde, ist in den Augen der Wählergemeinschaft nicht ohne politischen Hintergrund geschehen.

Die im Bauausschuss am 09. Juni behandelte Errichtung von mehreren hundert Metern Stacheldrahtzäunen stellt eine Erweiterung der Kasernenanlagen dar. Zudem sollen in Katterbach weitere Soldatenunterkünfte entstehen. In seinem von der Verwaltung zurückgehaltenen Antrag hat Stadtrat Meyer auf die möglichen Folgen dieser neuen Pläne aufmerksam gemacht:

- entweder wird Ansbach mit noch mehr Truppen und Hubschrauber als bisher bekannt aufgerüstet (Verlegung von Einheiten aus Mannheim)
- oder bisher außerhalb der Kasernen untergebrachte Soldaten werden zusätzlich kaserniert
- oder die Ausbaupläne des Urlas wurden geändert und die neue Unterkunft in Katterbach (64 Wohneinheiten) ersetzt die bereits im ersten Bauabschnitt abgespeckte Planung am Urlas (32 Doppelhäuser weniger). Dann allerdings wäre eine signifikante Änderung der Verkehrsprognose das Resultat und ein Kreisverkehr am Windmühlberg wieder im Bereich des Möglichen!

Das plötzliche Mitwirkungsverbot könnte zum Ziel haben, eine Debatte über folgenreiche Planänderungen zu verhindern und eine weitere Aufrüstung in Ansbach zu vertuschen. Dazu erklärt der Vorstand der Offenen Linken:

"Unsere Stadt braucht eine Grundsatzdiskussion um die Zukunft der Militärpräsenz ohne Tabus. Dafür muss den neuen Plänen zur Erweiterung von Kasernenanlagen ein Riegel vorgeschoben werden. Anstatt dessen müssen zunächst die geänderten Gesamtplanungen auf den Tisch. Gleichzeitig sollte die Stadt Ansbach einen Masterplan für die Zukunft der Stadt ohne Militär erstellen und zivile Umnutzungskonzepte fortschreiben."

gez. Offene Linke Ansbach e.V., der Vorstand